

p.B.15.51.GB.17. - WI/ra

Bern, den 20. Mai 1980

VERTRAULICHA u f z e i c h n u n g

Gespräche mit dem britischen Staatsminister Peter BLAKER (im Rahmen des Staatsbesuchs der britischen Königin, 1. Mai 1980)

DelegationslisteSchweizerischerseits:

Staatssekretär A. Weitnauer
Botschafter C. Caillat
Botschafter R. Bindschedler
Botschafterin F. Pometta
Botschafter A. Hegner
Botschafter J. Cuendet
Botschafter E. Brunner
Minister F. Blankart
Herr J.M. Boillat
Herr J. Clerc
Frl. C. Krieg
Herr P. Widmer

Botschafter C. Sommaruga, EVD

Englischerseits:

Staatsminister Peter Blaker, M.P.
Botschafter A.K. Rothnie
C. Munro (Privatsekretär)
A.R. Brown (Zweiter Sekretär)

Staatssekretär Weitnauer (WR) begrüßte die britische Delegation und eröffnete die Sitzung mit dem Thema "Afghanistan".

I. Afghanistan

Im Anschluss an die Gespräche, die während des Höflichkeitsbesuches bei Bundesrat Aubert geführt wurden, hielt WR den spezifischen Status der schweizerischen Neutralität hervor: sie wurde, am ältesten und zugleich am diskretesten im Gruppenbild der europäischen Neutralen, 1815 von den wichtigsten europäischen Staaten anerkannt, und als freiwillig auferlegte Staatsmaxime erlaubte sie der Schweiz, wann immer diese wollte, von dieser Maxime abzurücken und jedwelm Bändnis beizutreten. Die Schweiz freilich fasst ihren Neutralitätsstatus als traditionell bewährtes Vermächtnis zu einer umsichtigen Aussenpolitik auf: Einerseits auferlegt sie sich grosse Zurückhaltung in der Beurteilung anderer Staaten, andererseits fühlt sie sich in besonderem Mass berufen, in internationalen Konflikten eine humanitäre Rolle wahrzunehmen. WR erinnert an den schweizerischen Beitrag im Rahmen des IKRK sowie an die sogenannten "Guten Dienste", die gerade im ~~Umschlag~~ der Iran-Krise zu einer neuen Entfaltung gelangten.

Wenn Oesterreich dem britischen Vorschlag zur Bildung eines neutralen und blockfreien Afghanistan skeptisch entgegentritt, so versteht zwar die Schweiz die österreichischen Bedenken, teilt sie aber nicht. Man ist sich freilich bewusst, dass Afghanistan keine Rolle nach schweizerischem Zuschnitt im mittelasiatischen Raum wird einnehmen können. Die Schweiz unterstützt aber den britischen Vorschlag, weil sie glaubt, er könne einen Beitrag zur Lösung eines der grossen Weltprobleme der Gegenwart liefern. Hingegen hegt sie etwelche Zweifel, ob Bundeskanzler Kreiskys Vorschlag, den kubanischen Präsidenten der Bewegung der Blockfreien in die Lösungsversuche einzuspannen, von grossem Nutzen sein könne.

Staatsminister Blaker (B) versichert, dass die schweizerische Rolle in der Weltpolitik, insbesondere ihre engen Beziehungen zum IKRK, in Grossbritannien sehr geschätzt wird. Grossbritannien bezweckt mit seinem Vorschlag nicht, wie oft irrtümlich angenommen wird, eine

- 3 -

auferzwungene Neutralisierung Afghanistans. Der britische Vorschlag, der übrigens noch der näheren Ausgestaltung bedarf, visiert vorderhand drei Ziele: erstens sollte eine positive Aufnahme in den Reihen der neutralen und blockfreien Staaten erfolgen; zweitens sollte der Rückzug der sowjetischen Truppen bewirkt werden, und drittens sollten wichtige Staaten ihre Bereitschaft zur Anerkennung dieses Status' bekunden.

Bis anhin sind die Reaktionen der UdSSR auf den britischen Vorschlag, wenngleich nicht total negativ, so doch ziemlich ablehnend ausgefallen. Die UdSSR versucht, mit ihren bisherigen Gegenvorschlägen die britische Initiative auszustechen. Die Forderung nach internationalen Garantien für die Unversehrtheit der afghanischen Grenzen läuft, solange die sowjetischen Truppen nicht abgezogen sind, auf eine Zementierung der Karmal-Herrschaft hinaus. Desgleichen ist dem Ruf nach regional gewährten Garantien mit äusserster Skepsis zu begegnen. Grossbritannien nimmt an, ein Grossteil der afghanischen Bevölkerung werde weiterhin gegen die sowjetische Besatzungsmacht ankämpfen, auch wenn das militärische Arsenal mehr als dürftig und antiquiert ist.

Vorläufig versucht Grossbritannien, seinen Plan weiterhin mit Geduld den verschiedenen Staaten zu erläutern. Dadurch soll ein Augenmerk der internationalen Staatengemeinschaft stets auf Afghanistan gerichtet sein, und zudem scheint sich der Kreis der zustimmenden Staaten zu erweitern. So hat namentlich Indien seinen ursprünglichen Widerstand in bemerkenswerter Weise abgebaut. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang wird sich das auf der Konferenz der islamischen Staaten gefällte Urteil ausnehmen.

II. KSZE-Fragen

Ist die Détente vorbei? Wenn die Schweiz nach Madrid geht, dann tut sie es in der Hoffnung, dass, so WR, die Détente schliesslich noch

./.

- 4 -

gerettet werden könne. Zwar hat sich die UdSSR mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluss vom vergangenen September bis heute nicht abgefunden, und allenthalben zeichnet sich eine Rückkehr zum sogenannten Kalten Krieg ab. Dennoch darf man eine langfristige Perspektive nicht ausser Betracht lassen: es mögen wieder Zeiten heraufziehen, in denen Abrüstungsvorschläge auf fruchtbareren Boden fallen. Und langfristig kann eine Antwort auf unsere brennendsten Probleme nur auf diesem Gebiet gefunden werden.

Unter diesen Vorzeichen ist die schweizerische Haltung im Hinblick auf Madrid - wie überhaupt diejenige der N+N - von Nüchternheit gekennzeichnet. Obschon die Schweiz gern einen Erfolg in allen drei Körben sähe, sind die Erwartungen realitätsbedingt gedämpft.

Nach B deckt sich die sowjetische Détente-Auffassung nicht mit der westlichen. Die UdSSR bekundet wohl ihr Interesse an einer Détente, unter deren Signum der Ost-West-Handel blüht und die Gefahr eines Nuklearkrieges vermindert wird; doch in ihrem Détente-Konzept haben auch Freiräume für expansionistische Vorstösse in die Dritte Welt einen Platz. Dieser Interpretation muss sich der Westen widersetzen - vornehmlich mit einer Strategie, die darauf abzielt, der westlichen Ansicht in der Dritten Welt zu einem massiveren Durchbruch zu verhelfen. Wenn Grossbritannien den Détente-Begriff teils verabschieden möchte, dann bezieht es sich auf den expansionistischen Missbrauch dieses Begriffs in der sowjetischen Interpretation; wenn es aber weiterhin an der Détente festhält, dann im festen Glauben, dass alle Anstrengungen zur Eindämmung der Gefahr eines Nuklearkrieges unternommen werden müssen. In diesem Sinn unterstützt Grossbritannien die SALT-Runden, die MBFR-Gespräche und die Madrider Konferenz.

Auf das Problem des NATO-Nachrüstungsbeschlusses angesprochen, sieht B keine unmittelbare Kausalwirkung zwischen diesem Sachverhalt und dem Einmarsch in Afghanistan. B begrüsst die feste Haltung, die die NATO in dieser Frage einnimmt, und erachtet gerade Entschiedenheit als eine unabdingbare Voraussetzung für günstige Verhandlungslagen mit der UdSSR.

./.

- 5 -

In Madrid sollte, bevor neue Verpflichtungen eingegangen werden, die Verwirklichung der in der Schlussakte von Helsinki verankerten Prinzipien vorbehaltlos diskutiert werden. Nach britischer Auffassung ist es wünschenswert, dass in Madrid ein Mandat für eine Konferenz zur Diskussion des französischen Abrüstungsvorschlages erteilt wird; dadurch entstünde nicht die Gefahr, dass die KSZE allmählich zu einem Forum für Abrüstungsfragen zusammenschrumpfte.

B und WR bekräftigten ihre Hoffnung, dass Madrid nicht zu einem Zusammenbruch der Entspannung, sondern als Zwischenstation zu wirklicher Spannungsverminderung führe.

Ueber das Treffen der N+N von Ende April im Fürstentum Liechtenstein - das letzte vor Madrid - orientierte darauf Botschafter Brunner. Die Konferenz in Madrid wird, eine Woche nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, in einer Zeit mit vielen Ungewissheiten eröffnet. Daher erscheint den N+N folgendes Vorgehen, was die Prozedurfragen betrifft, angebracht: a) In einer ersten, etwa 10 Tage dauernden Phase, soll eine Generaldebatte stattfinden, b) anschliessend steht bis Mitte Dezember die Verwirklichung der in der Schlussakte enthaltenen Verpflichtungen zur Diskussion. Hernach soll auf diesen Themenkomplex nicht mehr zurückgekommen werden. c) Nach einem längeren Unterbruch, der je nach Gutdünken bis Mitte Januar oder Mitte Februar angesetzt werden kann, sollen während fünf oder sechs Wochen neue Massnahmen beraten werden, d) und anschliessend sollte in ungefähr zwei Wochen die Schlussakte ausgearbeitet werden. Um den 17. Februar herum sollte auch das Konferenzende festgesetzt werden.

Wie Grossbritannien erhoffen die N+N, um nun auf die inhaltlichen Fragen überzuwechseln, dass in allen drei Körben gewisse Resultate erreicht werden sollten. Madrid sollte daher nicht zu einer schieren Vorbereitungskonferenz für eine allfällige Abrüstungskonferenz degradiert werden. Es scheint daher in Madrid angebracht, eine Exper-

./.

- 6 -

tengruppe zu beauftragen, im Anschluss an Madrid eine Abrüstungskonferenz inhaltlich und verfahrensmässig vorzubereiten. Gemeinsam wollen die N+N auch ein CBM-Projekt einreichen, das die Weiterentwicklung der bestehenden Ansätze auf diesem Gebiet bezweckt.

Was Korb III betrifft, so wird die Schweiz wiederum wie in Belgrad, doch diesmal in Zusammenarbeit mit Oesterreich und Spanien, einen Vorstoss im Informationsbereich unternehmen. Skepsis drängt sich bezüglich möglicher Fortschritte in Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum auf. Im übrigen würden es die N+N begrüssen, wenn im Nachgang zu Madrid auf diversen Gebieten drei oder vier Expertengruppen eingesetzt werden könnten.

Botschafter Sommaruga erachtet für den wirtschaftlichen Teil vornehmlich eine Diskussion über die bisherige Verwirklichung der Helsinki-Verpflichtungen als wichtig. Aus einer Gesamtanalyse des Ist-Zustandes der ost/westlichen Wirtschaftsprobleme sollen in Bereichen wie der Arbitrage oder der Verkehrsprobleme mögliche Schlussfolgerungen gezogen werden. Sollte im Wirtschaftssektor Madrid ein Nachspiel haben, so würde es die Schweiz schätzen, wenn bereits bestehende Gremien wie die ECE als Diskussionsforen gewählt werden.

Von WR auf das Delegationsniveau angesprochen, meint B, Grossbritannien habe diesbezüglich noch keinen Beschluss gefasst.

III. Amerikanische Aussenpolitik

Zweifelsohne äusserst mächtig, bester Garant der westlichen demokratischen Staatengemeinschaft, doch anscheinend gelähmt und ohne wirkliche Staatsführung - so umreisst WR den gegenwärtigen Zustand der USA.

B teilt diese Beurteilung und bedauert, dass das amerikanische Unternehmen zur Geiselbefreiung, das humanitärer Natur war, gescheitert

./.

- 7 -

ist. Bei einem Erfolg wären etliche Probleme - nicht zuletzt im Iran selbst - gelöst worden. Nunmehr müssen friedliche Lösungsversuche intensiviert fortgesetzt werden, wobei ein stufenartiges Vorgehen, wie von der EG beschlossen, am zweckmässigsten erscheint.

B begrüsst die Ernennung von Edmund Muskie als Nachfolger Vances. Mit ihm rückt ein ausgewogener Politiker an die Spitze des State Departments, der obendrein auch für verbesserte Beziehungen zwischen dem Weissen Haus und dem Kapitol nur förderlich sein kann.

Zwischen den USA und der EG spielte der Konsultationsmechanismus in aussenpolitischen Koordinationsfragen in letzter Zeit nicht optimal. Hier sind Verbesserungen wünschbar, insbesondere um die Bildung eines kohärenten Willens im Westen vermehrt zu ermöglichen. Diesem Imperativ ersten Ranges wurde in der jüngsten Vergangenheit nur ungenügend nachgelebt - nicht zuletzt infolge der Nachwirkungen des Vietnam-Traumas. Um so mehr müssen die USA heute vor einem Hineingleiten in ein neues Iran/Afghanistan-Trauma bewahrt werden. Auf der Suche nach einem Gleichgewicht dürften, wie WR anführte, die islamische Bewegung und in geringerem Ausmass auch die geänderte Konstellation in der UNO von grosser Bedeutung sein.

IV. Europäische Fragen

Grossbritannien wird sich, so B, trotz dem jüngsten Misserfolg in der Budget- und der Schafffleischlage auf dem Luxemburger Gipfeltreffen nicht aus der Gemeinschaft zurückziehen. Unbestreitbar kamen die anderen Partner Grossbritannien in der Budgetfrage recht weit entgegen; doch da die Rückerstattung von 800 Mill. Pfund nur auf ein Jahr befristet war, musste Grossbritannien, da die Gemeinschaft in einem Jahr nicht wieder eine Auseinandersetzung dieses Ausmasses durchstehen kann, das Angebot ablehnen. Zudem konnte Grossbritannien dem Schafffleischabkommen nicht als solchem zustimmen.

./.

- 8 -

B hofft, dass die EG in der politischen Zusammenarbeit, auch wenn sie in den Römer Verträgen nicht vorgesehen ist, weitere Fortschritte machen wird. Eine Konzertation der Aussenpolitik ist für die EG-Staaten ein vordringliches Anliegen der heutigen Zeit.

POLITISCHE ABTEILUNG I



(Hegner)

gilt als grüne Kopie

21. Mai 80 17



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

S 21. Mai 80 17

p.B.15.51.GB.17. - WI/ra

Bern, den 20. Mai 1980

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

VERTRAULICH

- An alle Schweizerischen Botschaften
- An den Ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An das Büro des Schweizerischen Beobachters bei der Organisation der Vereinten Nationen, New York
- An die Ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- An die Schweizerische Delegation bei der Europäischen Freihandels-Assoziation und dem GATT, Genf

Kopie an:

Herrn Bundesrat P. Aubert
Herrn Staatssekretär A. Weitnauer
Herrn Generalsekretär J. Martin
Herrn Botschafter R. Bindschedler
Herrn Botschafter E. Diez
Herrn Botschafter M. Heimo
Herrn Botschafter A. Hegner
Herrn Botschafter E. Brunner
Frau Botschafterin F. Pometta
Herrn Botschafter J. Cuendet
Herrn Botschafter H. Kaufmann
Herrn Minister J. Monnier
Herrn Minister J. Zwahlen
Herrn Minister M. Jaccard
Herrn Minister F. Blankart
Herrn Dr. L. Meier
Herrn A. Glesti

Herrn J. Boillat
Herrn Y. Moret
Herrn H. Renk
Herrn R. Heinis
Herrn H. von Arx
Herrn A. Saluz
Herrn M. Krafft
Herrn B. de Riedmatten
Frl. C. Krieg
Herrn A. Bill
Frl. M. von Grünigen
TR/VP/CX/STE/Cp/VL/EA/RS
BD/DD/DIS/CC
Herrn Botschafter C. Sommaruga, EVD
Herrn Oberst W. Mark, GGST, Op, EMD